



Nothing really new under the rising sun

Zur aktuellen japanischen Sicherheitspolitik

amicus sharqi

Oktober 2024

Zusammenfassung

Der neue japanische Premierminister Ishiba, dessen Zukunft nach den Wahlen vom 27. Oktober gleich wieder in den Sternen steht, stellte ein Kabinett mit einer ganzen Reihe von sicherheitspolitisch erfahrenen LDP-Veteranen zusammen und propagiert eine asiatische NATO. Zu seinen ersten Terminen gehörte ein Telefonat mit Präsident Biden und ein Treffen mit dem amerikanischen Botschafter in Tokyo. Wer jedoch in sicherheitspolitischer Hinsicht eine 'Zeitenwende' erwartet, sollte genauer hinschauen.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Der seit September neue Generalsekretär der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) und damit automatisch auch Premierminister, ISHIBA Shigeru, gehört innerhalb der LDP zur sogenannten Boeizoku, Politiker, die sich verteidigungs- und rüstungspolitischen Fragen widmen¹. Er selbst hatte einmal den Chefposten des japanischen Militärs inne. Die Warnungen vor den von China und Nordkorea ausgehenden Bedrohungen gehören seit über zwei Jahrzehnten zu dem Mantra dieser Gruppe. Erfolgreich waren sie, die Selbstverteidigungskräfte – die pazifistische japanische Nachkriegsverfassung verbot eine reguläre Armee – in ein Verteidigungsministerium zu überführen. Ein weiterer kleiner Schritt sind die jüngst erweiterten Möglichkeiten zu Rüstungskooperationen und beschränkte Möglichkeiten von Rüstungsexporten. Dies vor dem Hintergrund, dass sich große japanische Wirtschaftskonglomerate aus einigen nationalen Rüstungsprojekten zurückzogen.

Ishibas Positionen zu japanischer Verteidigungspolitik fügen sich ohnehin in eine Linie, die bereits Abe und Kishida vor ihm verfolgten und die sich Grundsatzpapieren der LDP aus dem Jahr 2022 entnehmen lassen. Auch einige Oppositionspolitiker, die ursprünglich ihre Karriere in der LDP begannen, teilen die Auffassung, dass Japans Verteidigungsanstrengungen deutlich verstärkt werden müssten. Vor dem Hintergrund des seit zwei Jahrzehnten erfolgenden raschen Ausbaus des chinesischen Rüstungspotentials und der strategischen Waffensysteme Chinas, verbunden mit einem radikalen Umbau der VBA sowie umstrittener Gebietsansprüche im Ostchinesischen Meer mit seinen Rohstoffvorkommen², erscheinen diese 'Fortschritte' am Ende doch etwas ernüchternd. Dabei lässt sich hinzufügen, dass mit Ausnahme Taiwans kein anderes Land die existentielle Bedrohung des eigenen Gebietes besser beurteilen kann als Japan.

Umso auffälliger präsentierte sich die neue LDP-Führung, die vierte in fünf Jahren, im Tagesgeschäft wie ehemals. Als erstes wurden Neuwahlen³ noch für Oktober anberaumt, um mit dem Image des neuen Regierungschefs zu versuchen, dem Stimmungstief entgegenzuwirken. Der Opposition blieb kaum Zeit zur Vorbereitung. Die darauf folgenden ‚spontanen‘ Besuche in einem Katastrophengebiet, das bereits vor Monaten durch Erdbeben und Überschwemmungen heimgesucht wurde, erschienen wie reine Übungen in Öffentlichkeitsarbeit. Parallel wurde versucht, mit dem Argument des Verstoßes gegen die Regeln zur Parteifinanzierung eine Reihe von LDP-Politikern – dabei mögliche innenpolitische Konkurrenten – kaltzustellen. Dies betrifft insbesondere die einst mächtige Abe-Fraktion, der Verstöße gegen Parteifinanzierungsrichtlinien vorgeworfen werden, die sich in sicherheitspolitischer Hinsicht in der Vergangenheit jedoch am stärksten positioniert hat⁴. Und es wurde eine neue Wirtschaftspolitik, die Ishibanomics, kreierte, die bislang inhaltsleer erscheint.

¹ Allein vier Mitglieder der neuen Mannschaft waren früher für die Selbstverteidigungskräfte zuständig, darunter neben Ishiba der neue Verteidigungsminister NAKATANI Gen, der neue Außenminister IWAYA Takeshi sowie ONODERA Itsunori, der einen der vier einflussreichsten Parteiposten erhielt.

² Die bilateralen Verhandlungen zu den umstrittenen Gebietsansprüchen führte auf chinesischer Seite zeitweise der jetzt im Politbüro für Außenpolitik zuständige, ausgezeichnete Japankenner Wang Yi.

³ Es ist das siebte Mal, dass eine neue Regierung vorzeitig Neuwahlen anberaumt: 2005 Koizumi, 2009 Aso, 2012 Noda (heute Opposition), 2014 Abe, 2017 Abe und 2021 Kishida.

⁴ Zugleich ist die gesamte Debatte über fragliche Parteifinanzierungen doppelbödig. Von den finanziellen Zuwendungen der südkoreanischen Einheitskirche (ehemals Moon-Sekte) profitierten zahlreiche Politiker; die Komeito als politischer Arm der großen buddhistischen Soga Gakkai kann auf die Unterstützung der Sektenmitglieder zählen und einzelne Oppositionspolitiker wie Ozawa Ichiro waren in der Vergangenheit ebenfalls Fragen zu ihren finanziellen Quellen ausgesetzt. Auch innerhalb der LDP wurde die Frage gestellt, weshalb die Abe-Fraktion den Kopf allein erhalten müsse, während andere Abgeordnete wie die Tochter des ehemaligen Premier Obuchi, die vor einer Untersuchung der Staatsanwaltschaft Tokyo ihre Datenträger vernichtete, ungeschoren bleiben.



Der Wahlkampf dagegen war farbenfroh und bot wahrscheinlich viel Risiko für das Vorhaben Ishibas. Sein Wahlziel, mit dem Koalitionspartner Komeito die absolute Mehrheit der Parlamentsstimmen zu erreichen oder zurückzutreten, erschien allein aufgrund seiner Offensichtlichkeit bereits als Schwäche. Die wirtschaftliche Situation vieler Japanerinnen und Japaner führte zudem dazu, dass Forderungen nach Senkung der Mehrwertsteuer eine bedeutsame Rolle spielten – verbunden mit der kritischen Frage, weshalb schon wieder eine Regierung Geld für Neuwahlen ausgibt, nachdem bereits für Coronamaßnahmen erhebliche öffentliche Mittel bereitgestellt werden mussten.

Parallel wurden Finanzgeschenke versprochen, von denen unbekannt ist, wie sie außer durch eine höhere Schuldenquote bezahlt werden sollen. Eine Oppositionspartei forderte, die letzten dreißig Jahre wirtschaftlicher Stagnation ungeschehen zu machen – wie, bleibt ihr Geheimnis. Andere Oppositionsführer konzentrierten sich in populistischer Manier auf den Kampf gegen illegale Parteifinanzierung. In jedem Fall verlor die Sicherheitspolitik bereits innerhalb kürzester Zeit an Fahrt, auch wenn zeitweise die Umzingelung Taiwans durch die VBA zu Übungszwecken die Realität wieder schnell vor Augen führte.

Dass Ishiba mit Neuwahlen ein erhebliches Risiko einging, beschrieben die japanischen Medien bereits während der Wahlkampagne. Es zeugte zudem von erheblicher Realitätsferne, ein derartiges Risiko einzugehen und es ist daher nicht überraschend, dass die aktuelle (noch)-Regierungskoalition die absolute Mehrheit verfehlte. Da Ishiba dies zur Voraussetzung seines Bleibens gemacht hatte, müsste jetzt nach alternativen Kandidaten Ausschau gehalten werden. Mit großer Wahrscheinlichkeit sind daher seine Tage an der Spitze der LDP gezählt. Entscheidend wird sein, welche Züge von den ausgegrenzten Fraktionen nun ausgehen werden.

Schließt sich die Frage an, welche Chancen Ishiba tatsächlich gehabt hätte, seine verteidigungs- und bündnispolitischen Ideen umzusetzen. Die ersten Themen, die er nach seiner Wahl ansprach, betrafen die asiatische NATO, die Partizipation an der nuklearen Abschreckung, die mögliche Stationierung von Truppen auf Guam und den Hinweis, dass eine Krise um Taiwan auch Japan betreffe. Alle drei Themen sind für Japans sicherheitspolitische Zukunft zweifellos zentral – die jüngste Einkesselung Taiwans im Rahmen einer chinesischen Übung zeigte es erneut –, aber auch in einer besonderen Weise kontrovers und umstritten. Ishiba verband dies regelmäßig mit dem persönlichen, etwas filmreif anmutenden Anspruch, die japanische Bevölkerung zu schützen. Ein Hinweis auf Hiroshima und Nagasaki zeigt dagegen bereits, welche Sensitivität weiterhin in der Bevölkerung hinsichtlich atomarer Waffen herrscht⁵. Eine ‚asiatische NATO‘ müsste beispielsweise auch Südkorea mit einschließen. Die Beziehungen zwischen Seoul und Tokyo sind jedoch traditionell derart schwierig, dass regelmäßig Washington beide zusammenbringen muss⁶. Zudem unterliegen generell militärische Kooperationen mit anderen Staaten erheblichen verfassungsrechtlichen Einschränkungen. Ein Konflikt um Taiwan würde die gesamte Region und insbesondere Japan in eine Krise stürzen – das dürfte jedem bewusst sein. Die Frage stellt sich, ob es klug ist, mit diesen Themen ein neues Regierungsamt anzutreten. Entsprechend skeptisch, so der Eindruck, waren auch die Reaktionen ausländischer Beobachter hinsichtlich der realen Umsetzbarkeit von Ishibas Gedanken.

⁵ Ein Sprecher des mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Verbandes der Atombombenopfer reagierte auf Ishibas Aussagen deutlich mit dem Satz ‚Ishiba hat keine Ahnung davon, was Atombomben anrichten können‘.

⁶ Erst unter dem aktuellen südkoreanischen Präsidenten hat sich die Situation etwas verbessert. Unter dem Vorgänger hat Japan beispielsweise den Export von für die südkoreanische Industrie wichtigen Gütern reglementiert. Die aktuelle Opposition wirft ihm die ‚Nähe‘ zu Japan vor. In der südkoreanischen Zugverbindung zwischen dem Flughafen Incheo und Seoul Stadt lief (Stand Frühjahr 2023) alle zehn Minuten ein Video, das Koreas Ansprüche auf die Insel Takeshima/Tokdo in englischer Sprache begründete.

Skepsis ist auch bei verschiedenen anderen Aspekten angebracht. Die Selbstverteidigungskräfte sind in der Bevölkerung nach wie vor als Arbeitgeber nur begrenzt beliebt. Propagandistisch angelegte Fernsehserien und Werbekampagnen, wie auch Gehaltserhöhungen und andere Maßnahmen sollen helfen, die Lücke zwischen Personalforderungen und Bewerbungen zu schließen – bei sinkenden Bevölkerungszahlen.

Während der Schuldenberg Japans weiter wächst, ist auch die Alterung der japanischen Gesellschaft unübersehbar, mit steigenden Kosten. Die begrenzten Spielräume bei der Allokation öffentlicher Gelder machte sich auch während des aktuellen Wahlkampfes deutlich bemerkbar. Die TV-Interviews mit Menschen, die über rückläufigen Wohlstand klagen, prägten das Bild⁷. Steigende Rüstungsausgaben gehörten nicht zu ihren Forderungen und werden indes in großer Mehrheit abgelehnt.

Um die umstrittenen Neuwahlen zu gewinnen, legte sich Ishiba mit einflussreichen Kräften innerhalb der eigenen Partei an, insbesondere der ehemaligen Abe-Faktion, die seit Jahrzehnten eine zentrale Rolle spielte. Bei den Wahlen zum LDP-Generalsekretär erhielt Ishiba im ersten Wahlgang zudem nicht die meisten Stimmen, sondern seine Konkurrentin TAKAICHI Sanae, die es als erste Frau an die Spitze der Partei hätte schaffen können und zuletzt für Fragen wirtschaftlicher Sicherheit zuständig war. Andere Themen, die während des Wahlgangs eine Rolle spielten, fingen bereits schnell an, die sicherheitspolitische Schwerpunktsetzung Ishibas zu überlagern. Die Forderung nach Senkung der im internationalen Vergleich geringen Mehrwertsteuer (10 %) gehört zu den wichtigsten Forderungen.



Photo as 2024

Déjà-vue oder nothing new under the sun approach: Die japanische Politik dreht sich erneut in jährlichem Rhythmus um sich selbst, während in anderen Regionen das Haus brennt und sich die sicherheitspolitische Situation in der eigenen Region zuspitzt. In früheren Jahren galt im Ausland das Bonmot, die Namen japanischer Regierungschefs wechselten zu schnell, als dass man sie sich einprägen könnte. Für die Behandlung strategischer Herausforderungen erscheint das nicht hilfreich. Seit Jahrzehnten ist Japan der Kritik ausgesetzt, im Bereich der Verteidigung nur sehr begrenzt kooperationsfähig und entscheidungsschwach zu sein. Und auch das aktuelle politische Schauspiel, wengleich aufgrund des Hintergrundes Ishibas regionale Sicherheitsthemen hervorgehoben werden, zeigt, dass das Ausfechten interner Differenzen von Politikern, die teilweise selbst innerhalb der eigenen Partei seit Jahrzehnten in Konkurrenz stehen, erste Priorität bleibt. Sicherheitspolitische Initiativen, selbst wenn sie aus Sicht des Auslandes naheliegend und dringlich erscheinen, bleiben schwach vorbereitet und geraten – wie sich nach diesem kurzen Ishiba-Intermezzo zeigen wird – schnell wieder in Vergessenheit.

Und zum Schluss: Die Expertinnen und Experten, die Japan am genauesten beobachten, im Detail die Entwicklungen analysieren und entsprechende Schlüsse ziehen, leben in Shanghai, Peking und anderen Teilen der Volksrepublik Chinas. Die Schwächen der japanischen Politik sind ihnen nur allzu bewusst.

⁷ Z.B. Überschrift zu einem Artikel zur Wahl der Mainichi Ximbon vom 21.10.24: „Die wirtschaftlichen Lasten sind eine Herausforderung für die Geburtenpolitik. Das zweite Kind – nicht machbar“.



ISPSW Strategy Series: Focus on Defense and International Security

Nothing really new under the rising sun
Zur aktuellen japanischen Sicherheitspolitik
amicus sharqi

Issue
No. 1081
Okt 2024

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Kontakt: amicus.sharqi@proton.me